

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegegründet  
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher  
Nr. 11

Illig. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Bezugspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 34 Mark, monatlich 8 Mark. Anzeigenpreis: Die 1spaltige Zeile oder deren Raum 1 RT., die Reklamezeile 2.00 RT. Mindestbetrag 20 RT. Nichterhalten der Zeitung infolge Höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. | eines Auftrags 6 RT. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsvorzug ist der Rabatt gleichmäßig.

Nr. 51.

Altensteig, Donnerstag den 2. März

Jahrgang 1922.

## Vorereitungen für Genua.

Man mag nach den Nachrichten über die Besprechung des englischen mit dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré sein oder Optimist, eines leuchtet jedenfalls sofort ein: die laut gepriesene außerordentliche Besprechung der beiden Staatsoberhäupter ist nicht vorhanden, zum mindesten nicht in dem augenscheinlichen Maße. Bekanntlich wurde in Boulogne festgestellt, daß alle Vertragsabschlüsse mit Rußland, welche die baltischen Staaten, Finnland und Polen vorgenommen hatten, von den großen Alliierten nicht unbedingt anerkannt werden müßten. Dieser Beschluß ist nicht vollkommen klar, denn wären alle diese Friedensabschlüsse mit Rußland wiederum in Frage gestellt, so würden sich daraus Folgerungen von unabsehbarer Tragweite und Schwere ergeben.

Die Erfolge Poincarés werden — selbst in der französischen Presse — recht skeptisch kommentiert. „Denn“, meint es, werde heute eine „Briand'sche Politik ohne Briand“ getrieben, ein Zugewandnis, das sehr viel besagen will.

Die schriftlich fixierten Beschlüsse von Boulogne sind der italienischen Regierung übermittelt worden, die nunmehr ihr Einverständnis zur Eröffnung der Genueser Konferenz zu geben hat. Der Erfolg von Boulogne liegt lediglich in dem Einverständnis Frankreichs, die Konferenz von Genua zu beschicken.

Es werden nun Vorverhandlungen gepflogen werden zwischen den Finanzministern von Frankreich, Belgien, England und Italien, deren Beginn auf den 8. oder 9. März festgesetzt werden soll. Die Tagung wird in Paris stattfinden, es ist dies eine Notwendigkeit besonders insofern, als eine Besprechung erforderlich ist, bevor der Wiederherstellungsausschuß sich mit der Frage der deutschen Entschädigungszahlungen für das Jahr 1922 beschäftigt. Die Finanzminister der verbündeten Regierungen werden auf Grund der Entwürfe, die in Cannes durch den Obersten Rat geschloffen wurden, sich zu beschäftigen haben mit der Begrenzung der Besetzungskosten im Rheinland, mit dem Wiesbadener Abkommen und insbesondere mit dem Finanzabkommen der Verbündeten vom 13. August 1921 und der Verteilung der deutschen Zahlungen unter die Verbündeten. Erst dann, wenn die Finanzminister der Verbündeten eine Einigung herbeigeführt haben, werden die deutschen Vorschläge vor den Wiederherstellungsausschuß kommen.

So ist denn das Bild, das die Präliminarien von Genua bieten, ein noch recht verworrenes und ungeschicktes. Wollen wir hoffen, daß Ersprießliches für unser Vaterland beschlossen wird und daß unsere Vorschläge die nötige Beachtung finden. Dann kann auch der Frühlingssonnenschein in unsere Herzen strahlen, die vor banger Sorge nur düstere Wolken spüren. Frühlingssonnenschein brauchen und drinnen, das sei unsere Hoffnung für die kommenden Wochen!

## Das Abkommen über die Sachleistungen.

Berlin, 1. März. Das am 24. Februar getroffene Abkommen zwischen Reichsregierung und Reparationskommission bezweckt die Zulassung freier Verträge zwischen deutschen und alliierten Staatsangehörigen, denen dabei bezüglich aller Vertragsbestimmungen, insbesondere der Preisbildung, volle Freiheit gelassen wird, für die Durchführung der in den Anlagen II und IV des Teiles VIII des Friedensvertrags vorgeschriebenen Sachleistungen. Das Abkommen soll bis zum 30. April Geltung haben. Es gewährt den reparationsberechtigten Regierungen mit Ausnahme von Frankreich eine Option, das darin vorgesehene Verfahren für sich in Anspruch zu nehmen, jedoch mit der Maßgabe, daß keine Annahme die gleichzeitige Anwendung irgend eines anderen Verfahrens ausschließt. Zum Abschluß von Verträgen im Sinne des Abkommens sind außer den juristischen Personen seitens der reparationsberechtigten Staaten auch die durch freien Zusammenstoß von Angehörigen derselben alliierten Staaten gebildete Gruppen, sowie die öffentlichen Verwaltungen berechtigt, solchermaßen im besonderen auch die Fachverbände und die Landesausstattungsstellen. Von dem freien Verkehr sind gewisse listenmäßig bestimmte Waren ausgeschlossen, sowie alle Waren fremder Herkunft, soweit sie nicht auf deutschem Gebiet verarbeitet worden sind. Die im Wege des unmittelbaren Verkehrs abgeschlossenen Verträge müssen Regierungen im Wert von mehr als

1500 Goldmark zum Gegenstand haben, eine obere Grenze ist dagegen nicht festgelegt. Diese Lieferungen unterliegen der deutschen Ausfuhrkontrolle. Die ausgeführten Waren dürfen ausschließlich im Gebiet des beteiligten alliierten Staates, einschließlich seiner Dominions, Kolonien, Protektorate und Mandatsgebiete, verwendet oder verarbeitet werden, sobald also für sie die Wiederausfuhr ausgeschlossen ist. Die im freien Verkehr abgeschlossenen Verträge werden durch die betreffenden alliierten Regierungen der Reparationskommission zur Genehmigung vorgelegt, die sie der deutschen Regierung zu stellt. Deutscherseits kann vor Ablauf von 14 Tagen Antrag auf Aufhebung der Genehmigung gestellt werden. Die endgültige Genehmigung des Vertrags macht die deutsche Regierung verbindlich, alle den deutschen Staatsangehörigen auf Grund des Vertrags erwachsenden finanziellen Verpflichtungen zu den vereinbarten Zahlungssterminen zu übernehmen. Diese Verpflichtung bezieht sich jedoch lediglich auf die Auszahlung bankmäßiger Zahlungen, enthält dagegen keine weiteren Garantien für Ausführung der Verträge.

## Neues vom Tage.

Wirth über Genua.

Karlsruhe, 1. März. Reichsminister Dr. Wirth hat sich bei seiner Anwesenheit in Karlsruhe zu einem Vertreter der Bad. Zentrumsfraktion über die Konferenz von Genua u. a. wie folgt geäußert: Gedanken und Anregungen werden auf deutscher Seite nicht fehlen. Die Vorbereitungen sind in den Ministerien in vollem Gange. Man muß aber eines bedenken: Die Konferenz von Genua ist nicht zusammenzurufen, um lediglich über das Schicksal des deutschen Volkes zu beraten, sie beschäftigt sich auch mit der europäischen, ja noch mehr mit der Weltwirtschaft. Wenn man nicht raschestens beginnt, die europäische Wirtschaft als Ganzes zum Gegenstand eingehender Erwägungen zu machen und danach zu handeln, so steht man vor dem Untergang des Abendlandes. Man mag über das englische Wort „Spenglerismus“ denken wie man will und es als einen Fehlgreif ansehen, Europa ist durch und durch wirtschaftlich krank und kranke, „Sanktionen“, wie die Besetzung deutscher Städte und Gewaltmaßnahmen können den europäischen Erdteil nicht seiner Gesundung entgegenführen. Aber auch mit Europa allein ist es nicht getan. Die Katastrophe des Weltkriegs hat die Weltwirtschaft so stark beeinflusst, daß nur Klugheit und Mäßigung auf allen Gebieten innerhalb der Grenzen menschlicher Kraft die Weltwirtschaft zur Gesundung bringen kann. Am Schluß der Unterredung erklärte der Reichsminister zu Gerächten über Anstimmlichkeiten in der Zentrumspartei, daß es wohl im Zentrum wie in allen politischen Parteien auch Meinungsverschiedenheiten gegeben habe. Die Hauptsache aber sei die Grundeinstellung. Und dabei gebe es nur eine Antwort: einig und geschlossen wie kaum jemals.

## Um die Zwangsanleihe.

Berlin, 1. März. Zu einer Reibung über die Besprechungen des Reichsfinanzministers Hermes mit Vertretern der Deutschen Volkspartei über das Steuerkompromiß erfährt die „Germania“, daß Dr. Hermes keinerlei Mitteilung über die zwischen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten erfolgte Einigung über das Mantelgesetz machte. Er war dazu auch gar nicht in der Lage, da eine solche Einigung über die endgültige Festlegung des Mantelgesetzes noch nicht vorliege. Ebensovienig sprach Dr. Hermes in dieser Besprechung von Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie hinsichtlich des Zeitpunkts der Erhebung der Zwangsanleihe. Er wies nur darauf hin, daß die Sozialdemokratie unter allen Umständen darauf bestünde, noch im laufenden Jahre die Mittel aus der Zwangsanleihe flüssig zu machen. Dies dürfte aber nach Ansicht des Finanzministeriums nur geschehen unter Vermeidung einer neuen unerträglichen Belastung der Finanzämter.

Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge fanden gestern vormittag im Reichsfinanzministerium Beratungen mit Vertretern der Industrie, des Handels, der Bankwelt und der Arbeiterschaft über die Höhe des Zinsfußes für die Zwangsanleihe nach den ersten drei zinsfreien Jahren statt. Was die Veranlagung zur Zwangsanleihe betrifft, so wird, dem Blatt zufolge, erwogen, die Veranlagung nach der Vermögenssteuer-Veranlagung von 1922 vorzunehmen. Dabei soll indessen nicht so lange gewartet werden, bis diese Steuerveranlagung fertiggestellt

ist, vielmehr würden voraussichtlich bestimmte Voraussetzungen auf die Zwangsanleihe etwa in Höhe eines Notopferbeitrags angeordnet werden. Die Einzahlungen für die Anleihe sollen ratenweise erfolgen, und zwar voraussichtlich in vierteljährlichen Einzahlungsraten. Die völlige Einzahlung der Zwangsanleihe soll nach der gegenwärtig bestehenden Absicht bis zum Frühjahr 1923 erfolgt sein.

## Krise in den deutsch-polnischen Verhandlungen.

Genf, 1. März. In den deutsch-polnischen Verhandlungen scheint man vor einer ersten Krise zu stehen, wenigstens läßt sich eine von der polnischen Agentur veröffentlichte Erklärung der polnischen Delegation nur so verstehen, in der gesagt wird, daß die um ausstehenden Gerichte, wonach das deutsche Besitztum in Oberschlesien der Liquidation nach Artikel 290 und 297 des Friedensvertrages von Versailles entzogen sei, vollkommen unbegründet seien. Dieses Besitztum sei vielmehr, wie alle anderen deutschen Güter, in der Republik Polen ebenfalls der Liquidation unterworfen. Da diese Frage bei der deutsch-polnischen Konferenz zur Verhandlung steht und der entgegengesetzte Rechtsstandpunkt der deutschen Delegation bekannt ist, so scheint es in dieser wichtigen Frage zu keiner Einigung zwischen den beiden Delegationen zu kommen. Es muß nach den Erklärungen der polnischen Delegation sogar unklar scheinen, ob die polnische Delegation sich überhaupt einer Entscheidung des Präsidenten Calonder, die eventuell den polnischen Standpunkt nicht anerkennt, fügen wird. Der deutsche Standpunkt, der bekanntlich dahin geht, daß die Liquidationsklausel des Versailleser Vertrags auf Oberschlesien überhaupt keine Anwendung finden könne, einmal, weil für Oberschlesien ein besonderes Statut auf Grund der Entscheidung der Bolschewikerkonferenz vom 20. Oktober 1921 erlassen wird und sodann, weil der Versailleser Vertrag nur von der Liquidation in denjenigen Gebieten spricht, die durch diesen Vertrag an Polen fallen, ist übrigens erst kürzlich in einem Gutachten des holländischen Staatsrechtslehrers Professor Struycken vertreten worden, auf das sich die deutsche Delegation unter anderem stützt.

Der Appell der polnischen Delegation an die Öffentlichkeit wird in Kreisen, die der deutschen Delegation nahe stehen, ziemlich unverblümt als Versuch zur Stimmungsmache bezeichnet, der vor allem den Präsidenten Calonder beeinflussen soll. Die deutsche Delegation selbst, die ihr volles Vertrauen in die Unparteilichkeit des Präsidenten Calonder erklärte, lehnt es ab, sich zu der polnischen Kundgebung irgendwie zu äußern.

## Französisch-russische Kriegsschadensberechnung.

Paris, 1. März. Der Korrespondent der „Chicago Tribune“ meldet, daß die französisch-russischen Verhandlungen guten Fortgang nehmen. Es verlautet, daß Rußland eine Entschädigung von 125 Millionen Dollar für die Offensive Judentich verlangt hat. Frankreich hat Gegenforderungen aufgestellt für die Schäden, die den Alliierten durch das Versagen Rußlands erwachsen sind. Für die Offensive Brangels, Koltshals und Demikins fordert Rußland eine Entschädigung von 2 Milliarden Dollar.

## Verteilung der Kriegsschuldigen vor internationalen Gerichtshöfen.

London, 1. März. Es verlautet, daß man erwogen habe, die Kriegsschuldigen vor internationale Gerichtshöfe zu stellen, die in Frankreich, England und Italien ihre Sitzungen haben würden. Diese Gerichtshöfe sollen jedoch lediglich die Aufgabe haben, die Fälle zu erklären, zu untersuchen und Strafanträge zu stellen. Das endgültige Urteil sollte dann auf Grund dieses Urteils der heimische Gerichtshof des Beschuldigten fällen.

## Das internationale Tribunal.

London, 1. März. Der Bericht der Organisationsausschüsse der internationalen Körperschaft über die Ergebnisse der Konferenz, die in der letzten Woche in London stattfand, besagt: Die Konferenz, an der Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens, Japans, Deutschlands und Dänemarks, sowie nichtoffiziell der Vereinigten Staaten teilnahmen, verpflichtete die Vertreter, Anstrengungen zu unternehmen, um die Schaffung von nationalen Körperschaften in den verschiedenen Ländern zu bewirken. In London soll eine zentrale internationale Körperschaft errichtet werden. Ihr Hauptzweck wird sein die Prüfung der Gelegenheiten zu unternehmungen im Zusammenhang mit dem europäischen Wiederaufbau und die Unterstützung bei der Finan-

Realisation solcher Unternehmungen. Das gesamte Kapital der nationalen Körperschaften wird 20 Millionen Pfund betragen, wovon 25 Prozent sofort einbezahlt werden sollen. Das Anfangskapital der internationalen Körperschaft wird zwei Millionen Pfund Sterling betragen und wird beschafft werden, indem die nationalen Körperschaften etwa 10 Prozent des Stammkapitals zeichnen. Folgende Länder sind eingeladen: Japan, Dänemark, Holland, die Schweiz und die Tschechoslowakei. Die Vertreter waren übereinstimmend der Ansicht, daß die Körperschaft nicht mit der in irgend einem Land Geschäfte treiben will, das nicht alle Schulden und Verpflichtungen anerkennt, die früher von dem Staat eingegangen wurden, bzw. später eingegangen werden, desgleichen nicht die Verpflichtung, allen ausländischen Interessenten die Werte zurückzuführen bzw. für Verluste zu entschädigen, die ihnen durch die Beschlagnahme von Eigentum zugefügt wurden und außerdem, daß sie nicht ein gezieltes System schafft, das Handels- und andere Verträge partiell behandelt und keine Hilfe leisten für den Handel bietet. Die „Times“ bemerkt dazu, daraus sei ersichtlich, daß die Vertreter auf der Konferenz Ausland von dem Plan ausgeschlossen hätten.

#### England und die Flucht der Kriegsverbrecher.

London, 1. März. Im Unterhaus erwiderte der Generalsekretär auf eine Anfrage über die Flucht der U-Boot-Offiziere Voldt und Tittmar, die britische Regierung habe eine Anfrage und einen Einspruch an die deutsche Regierung gerichtet. Diese habe die Antwort gegeben, daß sie jeden möglichen Schritt getan habe, um die Wiederhaftung der Offiziere zu sichern. Bisher sei jedoch keine Mitteilung erfolgt, daß die Offiziere verhaftet worden seien.

#### Die Finanzkontrolle in Oesterreich.

London, 1. März. Der finanzielle Ausschuss des Völkerbundes wird die Frage der Finanzen Oesterreichs prüfen und, wie verlautet, folgende Bedingungen stellen: 1. Einstellung des Drucks von Papiergeld; 2. ausgiebigere Besteuerung des Einkommens; 3. Aufhebung der Zuschüsse zur Verbüßung der Wehl- und Brotpreise, und 4. eine allgemeine Sanierung der österreichischen Finanzen.

#### Die Besprechung zwischen Poincaré und Schanzer.

Basel, 1. März. Die gestrige Besprechung zwischen Poincaré und Schanzer, die ungefähr eine halbe Stunde dauerte, bezog sich auf die Konferenz von Genoa. Poincaré unterrichtete Schanzer von seiner Unterredung mit Lloyd George und forderte Schanzer auf, daß auch Italien sich den Abmachungen Frankreichs und Englands über das Programm der Konferenz anschließen. Nach der Unterredung erklärte Schanzer gegenüber französischen Journalisten, daß er keinerlei Erklärungen abgeben könne, da er noch nicht vereidigt sei. Er wolle nur das eine betonen, daß man ihn nicht für franzosenfeindlich halten dürfe. Da die italienische Kammeression am 8. März beginnt, wird die Zusammenkunft der alliierten Außenminister in Paris nicht vor dem 14. oder 15. März stattfinden. Nach einer Pariser Meldung soll Poincaré beabsichtigen, noch vor der Konferenz von Genoa auch mit dem italienischen Ministerpräsidenten De Facta zusammenzutreffen.

#### Schwierigkeiten im neuen italienischen Kabinett.

Mailand, 1. März. Das neue italienische Kabinett De Facta setzte gestern seine Beratungen über die Besetzung der Unterstaatssekretariate fort. Dabei kam es

troß der Einigungsversuche des Ministerpräsidenten bereits zu ersten Unstimmigkeiten wegen der Besetzung der Unterstaatssekretariate, die den Rücktritt des Post- und Telegraphenministers, des Demokraten Colonna Di Cesaro zur Folge hatten. Colonna Di Cesaro behauptete, der neue Verkehrsminister, der Volksparteiler Bertini, habe die Liste der Unterstaatssekretäre vor ihrer Annahme durch den Ministerrat dem Vorstand der katholischen Volkspartei zur Billigung vorgelegt. Von den neu ernannten Unterstaatssekretären gehören 8 der Demokratischen Partei und 5 der katholischen Volkspartei an; 3 sind Liberal-Demokraten, 2 Reformisten und 1 Agrarier.

#### Landtag.

Stuttgart, 28. Febr.

Es ist ein gutes Zeichen, daß der Württ. Landtag trotz der Fastnacht in seiner Sitzung am Dienstag ein so weittragendes Problem wie die Frage der Lehrerbildung in Angriff nahm und fruchtbar Arbeit leistete. Zu Beginn der Sitzung wurde der Senior der Zentrumsfraktion, Abg. Sommer, der sich von seinem Anfall wieder erholt hat, von Präsident Walter begrüßt. Dann folgte die Beantwortung von 6 kleinen Anfragen, die nichts Wesentliches enthalten.

Dann kam man zur großen Anfrage des Zentrums betr. die Lehrerbildungsanstalten, die Universitätsprofessor Dr. Laur in einer groß angelegten, tiefgründigen Rede begründete. Das Zentrum habe nicht im Sinn, den Kultminister zu stützen. Es stehe in der Frage der Lehrerbildung auf dem Boden der Reichsverfassung. Auch sachliche Gründe würden das Bildungskredens des Lehrstandes rechtfertigen, aber die Frage sei eine Kernfrage der ganzen Neuorientierung des Schulwesens und sei mit nervöser Hast in Angriff genommen worden. Auf krummen Wegen versuchte man von Berlin aus den Referententour zur Grundlage der Landesgesetzgebung zu machen. Das Zentrum lehne den beginnenden Abbau der Lehrseminare ab, ehe der Wiederaufbau geklärt und die finanzielle Seite sichergestellt sei. Die Frage der Konfessionsfreiheit müsse bei der Neuordnung berücksichtigt werden, weil die Besetzung der konfessionellen Schule Schuß gewähre. Die Reform bedeute noch einen Sprung ins Dunkle. Die Frage der deutschen Oberschule sei nicht geklärt. Die Rekrutierung des Lehrstandes würde gefährdet. Der Redner beleuchtete die ganze Frage nach der rechtlichen Seite, als Bildungsproblem und schließlich nach der finanziellen Seite. Er wünschte, daß die Lösung nicht auf dem Verordnungsweg, sondern auf dem gesetzlichen Weg erfolge, zurückgestellt werde, bis das Reichsschulgesetz vorliege und die konfessionellen Belange gewahrt werden.

Kultminister Dr. Hieber gab darauf eine Antwort, die nicht einer gewissen Schärfe entbehre. In Württemberg handle es sich nicht um einen Abbau der Lehrerbildungsanstalten, sondern um deren Sperrung, weil im Jahr 1926 764 Lehrer zu viel da seien. Die konfessionelle Seite der Frage sei bei allen Besprechungen gewahrt worden. Experimente würden nicht gemacht. Die württ. Vorschläge würden die württ. Verhältnisse und das zu erwartende Reichsrecht berücksichtigen. Die deutsche Oberschule werde simultan sein. Der katholische Oberschulrat habe sich mit den Richtlinien des Ministeriums einverstanden erklärt. Die ganze Frage sei ein Kernstück der Schulreform, die umso dringender sei, als in Württemberg die Schulgesetzgebung in den letzten 50 Jahren immer um ein Jahrzehnt zu spät komme. Der Minister fand auf der linken Seite des Hauses wiederholt Zustimmung.

Stuttgart, 1. März.

Den Reigen der heutigen Debatte über die große Anfrage des Zentrums zu den Lehrerbildungsanstalten eröffnete heute der ehemalige Kultminister und Vorgänger Hiebers in der Schulpolitik, Abg. Heymann

(S. 2), der sich dem angeblichen Sturm gegen seinen Nachfolger mit warmer, von innigem Einverständnis getragener Teilnahme entgegenwarf. Die deutsche Aufbauschule werde bestehen und auch ohne Latein die Grundlage der Lehrerbildung geben können. Die Mehrkosten habe in der Hauptsache das Reich zum Teil auch das Land zu tragen. Der Geist von Weimar müsse zum Durchbruch kommen. Abg. Gaeßhauf (Dem.) beschloß sich dagegen mit dem Geist von Herrenberg und der dortigen Bilderstürmerei, wo man die Märtyrer des deutschen Volkstums geschmäht habe. Die deutsche Oberschule sei nichts anderes als eine Real- oder ein Bedürfnis an den einzelnen Orten sei nicht vorhanden. Unter allen Umständen müsse der christliche Charakter der höheren Schulen erhalten bleiben. Wenn alle Lehrer die Universität absolvieren, wobei soll dann noch der Nachwuchs kommen? Die mehr als trostlose finanzielle Lage gebe Dr. Laur das Recht zur Forderung des Abwartens. Abg. Föhner (Dem.) meinte, die Aufbauschule könne für die ganze Umgegend die Schule werden, die zur Unversität führe. Die Rekrutierung habe sich bereits geändert; zahlreiche höhere Schüler seien in den Lehrstand eingetreten. Die gehaltliche Einreihung der Volksschullehrer sei nicht befriedigend. Im übrigen sei es nicht nötig, die Welt immer nur durch die Kirchenfenster anzusehen. Abg. Pollich (Zentr.) fand die scharfe Antwort des Staatspräsidenten auffallend und verteidigte die früheren Seminaristen. Er dankte Dr. Laur für die Klärung der kath. Lehrerschaft über die Haltung des Zentrums. Man dürfe es nicht übersehen, trotz aller praktischen Bedenken, einen Grundriss der Verfassung über Lehrerbildung durchzuführen. Besondere werde die Unterrichtsverwaltung durch Schülerhilfe und Schulpflichten den unteren und mittleren Kreisen den Zugang zum Lehrstand ebnen. Die Lehrer sollten aber jetzt schon im Gehalt vor den Gruppen der Akademiker eingestuft werden. Weiter sei der Kultminister über die finanzielle Wirkung der Lehrerbildung auffallend rasch weggegangen. Seine Partei fordere eine tiefgründige Behandlung der Frage nach dem Grundsatz „Eile mit Weile“. Der Abg. Schueler (Komm.) warf dem Kultminister vor, daß er zum Krähwinkel Landsturm gehöre. Die Lehrer müßten Akademiker werden, aber dann könnten das nur noch die Söhne von Schiebern und Spekulantent. Redner nahm den Herrenberger Bilderstürmer in Schutz.

#### Aus Stadt und Land.

Altensteig, 2. März 1929

Erklärung der Staatsrentämter. Der auf 1. Oktober 1919 erfolgte Übergang der Finanzverwaltung auf das Reich und die seit diesem Zeitpunkt eingetretene Belastung der Finanzämter auf dem Gebiet der Steuerverwaltung hat die Erziehung besonderer Ämter für die Landesverwaltungsverwaltung notwendig gemacht. Diese Ämter (Staatsrentämter) haben, wie aus der amtl. Bekanntmachung in heutiger Nummer ersichtlich, ihre Tätigkeit am 1. März 1929 aufgenommen. Von diesem Tag an sind daher insbesondere sämtliche Miet- und Pachtzinsen, Konfessionskollektoren usw. für die Nutzung staatlicher Gebäude und Grundstücke, ferner alle Entnahmen aus dem Staatswaldbesitz, wie Holzgelber, Beiträge, Zinsen usw. nicht mehr an die Finanzämter, sondern an die Staatsrentämter zu entrichten. Auch die Bezahlung sämtlicher Fortausgaben, sowie Baukosten, ferner die Gehälter der Beamten und Lehrer ist künftig Sache der Staatsrentämter. Das Staatsrentamt für die Oberamtsbezirke Calw, Neuenbürg und Nagold hat seinen Sitz in Olfen. Lediglich der Forstbezirk Simmersfeld (im Oberamt Nagold) zählt zum Staatsrentamt Freudenstadt.

Gewitter. Gestern Abend gab ein ziemlich heftiges Gewitter über unsere Gegend nieder, dem ein ausgiebiges Regen folgte.

## Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Bollinger.

(80)

(Nachdruck verboten.)

Unter dem Vorwande, von der Reise ermüdet zu sein, schickte sie auch dies einzige Mädchen frühzeitig in die Dienstkamern hinaus. Dann ging sie in ihr Ankleidezimmer, legte das einfache Strohhütchen an, das sie besaß und hüllte sich in einen weiten, dunkelfarbigen Regenmantel, den sie seit ihrer Abreise von Hamburg nicht mehr getragen und in dem sie darum hier in München noch niemand gesehen hatte. Ein einfaches Reisehütchen und ein besonders dichter Schleier, den sie bis unter das Kinn herabzog, vervollständigten ihre Ausrüstung für den abendlichen Spaziergang, auf dem sie offenbar von keinem Menschen erkannt zu werden wünschte. Um auch von dem Förster nicht gesehen zu werden, wählte sie den Weg durch das Atelier, das einen besonderen Ausgang nach dem Garten hin hatte, und gewann von hier aus die Straße, ohne das Hauptportal des Hauses passieren zu müssen. Sie vermied es auch, eine Droste zu benutzen, legte vielmehr den Weg bis zu dem Hotel, in dem Wilhelm Langheld wohnte, zu Fuß zurück. Als ein Kavaller, der sehr wohl wußte, welche Pflichten distinkter Damenbesuch einem ritterlichen Manne auferlegt, hatte Wilhelm Langheld Taggefühl genug bemerkt, sie unten im Vestibül zu erwarten. Aber auch er erkannte sie in ihrer entstellenden Verhüllung erst, als sie auf ihn zu trat und ihm mit leiser Stimme guten Abend wünschte. Ohne sie bei ihrem Namen anzusprechen, bot er ihr galsant den Arm und führte sie in sein Zimmer hinauf. Außer jener kurzen Begrüßung war bis dahin noch kein Wort zwischen ihnen gewechselt worden. Nun aber sagte Luisa im Ton einer mühsam unterdrückten großen Erregung:

„Verperrten Sie, bitte, die Tür, damit wir vor jeder Ueberraschung sicher sind! Denn niemand darf erfahren, daß ich Sie aufgesucht habe. Es könnte Ihnen und mir zum Verderben gereichen.“

Sichtlich beunruhigt durch ihr Benehmen und ihre Worte, kam Konrad dem Wunsche nach, und er be-

ruhigte sie auch, als sie die Bejagung aussprach, daß sie etwa vom Nebenzimmer aus belauscht oder beobachtet werden könnten.

Das Nebenzimmer ist seit heute mittag unbesetzt, und außerdem ist die Verbindungstür, wie Sie leben, durch den Kleiderschrank verstellt. Wir haben von Spionen oder Horchern nicht das geringste zu fürchten. Aber was, um des Himmels willen, sollen diese Heilmittel bedeuten, meine teure Luisa? Schon Ihr Programm hat mich in einige Unruhe versetzt. Ich will doch nicht hoffen, daß sich etwas Unerreuliches zugezogen hat?

Rur so weit hatte Luisa den Schleier in die Höhe gehoben, daß sie den Mund zum Sprechen frei bekam; und sie öffnete nicht einmal die Knöpfe ihres Mantels, als sie sich wie in großer Erschöpfung auf einen der Stühle fallen ließ.

„Ja, es hat sich etwas Schreckliches ereignet.“ sagte sie fast flüsternd. „Aber Wahrscheinlichkeit nach bin ich verloren!“

Der lange Wilhelm prollte zurück. So gut er sich sonst zu beherrschen wußte, in diesem Augenblicke war nichts mehr von überlegener Ironie oder von spöttischem Zornismus auf seinem mageren, faltigen Gesicht zu lesen. „Den Teufel auch!“ stieß er hervor. „Das ist doch wohl nicht Ihr Ernst!“

„Mein voller Ernst! Ich habe es ja geahnt, daß mich diese Inge Holthausen zum Verhängnis werden würde.“

„Von ihr also droht Ihnen Gefahr? Aber inwiefern? Haben Sie denn nicht mit ihr gesprochen?“

„Ja — gestern abend. Und sie hat mir ins Gesicht gesagt, daß sie heute nach Hamburg fahren werde, um bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen mich zu erstatten!“

„Nun, unter möge dieses unerschütterbare Frauenzimmer holen! Hätten Sie denn gar kein Mittel, sie anderen Sinnes zu machen?“

„Nein. Daß ihr Schweigen nicht mit Geld zu erkaufen gewesen wäre, brauche ich Ihnen nicht erst zu sagen. Und ihr Mittel würde ich nicht gewonnen haben, auch wenn ich mich in verzweifeltstem Flehen zu ihren Füßen gewunden hätte. Sie ist von einem tödlichen Haß gegen mich befeuert, weil sie mich für das Schicksal ihres Bruders verantwortlich macht. Und jetzt nachdem sie durch seinen Tod jeder Rücksicht auf Gerhard Holthausen überhoben

ist, glaubt sie endlich den langersehnten Augenblick der Rache gekommen!“

Wilhelm Langheld stampfte ein paar mal mit langen Schritten durch das Zimmer, dann warf er sich der Besucherin gegenüber in einen Stuhl.

„Ich verstehe es trotzdem nicht, daß Sie kein Mittel gefunden haben, das Mädchen von seinem verrückten Entschlusse abzubringen! Sie sind doch wahrhaftig sonst niemals um solche Mittel in Verlegenheit!“

„Sie vergessen, daß ich mein Schicksal vollends in die Hände dieser Lodieidiotin gegeben hätte, wenn ich tödlich genug gewesen wäre, ihr meine Furcht zu verraten! Das wäre gleichbedeutend mit einem Eingeständnis meiner Schuld gewesen, und sie würde gewiß nicht gezögert haben, davon zu meinem Verderben Gebrauch zu machen. Wenn es überhaupt noch eine Hoffnung auf Rettung für mich gibt, so ist es einzig die Hoffnung, daß man nichts gegen mich unternommen wird, solange nicht greifbare Beweise für die Richtigkeit ihrer Behauptungen vorliegen.“

„Natürlich! Und woher soll sie diese Beweise nehmen? Was kann sie denn überhaupt vordringen, um ihre Furcht zu begründen? Sie werden sie doch wohl niemals zu Ihrer Vertrauten gemacht haben?“

„Nein — ich nicht. Aber sie ist seit Jennsens Tod Tag und Nacht um Ihren Bruder gewesen und ist nicht müde geworden, in ihn zu dringen. Ist es da zu verwundern, daß Holthausen ihr in einer schwachen Stunde alles gestand?“

„Sie hatten also diesem Doktor gesagt, daß Sie —“

Abwehrend erhob Luisa die Hand. „Sprechen Sie das Gräßliche nicht aus, das ich nicht noch einmal von Ihnen hören will! Ja, ich hatte es ihm gesagt — ich war gezwungen, es ihm zu sagen!“

„Und weshalb waren Sie dazu gezwungen?“

„Mein Gott, wie Sie mich quälen! Ich mußte es tun, weil er sofort erkannte, daß es sich um eine Vergiftung und nicht um einen Schlaganfall handelte, und weil er möglicherweise noch insinuate gemessen wäre. Jennsen durch die Anwendung geeigneter Gegenmittel zu retten oder ihn wenigstens wieder zum Bewußtsein zu bringen. Um das zu verhindern, mußte ich ihm befehlen, was ich getan.“

Fortsetzung folgt.



**Einsicht in die Geschäftsbücher.** Zur Klärung der Umfänge von Handverlehen, die meist keine Bücher führen, können nach einem Einverständnis des Reichsfinanzhofs deren Lieferanten gezwungen werden, den Finanzämtern Einsicht in ihre Geschäftsbücher zu gewähren.

**Wohlfahrtsfonds von Kaufleuten.** Sondernete ein Fabrikant aus seinem Vermögen einen Teil aus, um seine Angehörigen zu unterstützen, so darf nach einem Urteil des Reichsfinanzhofs die Steuerbehörde wegen dieser Ausgliederung keine Schenkungssteuer erheben. Auch der ausgegliederte Vermögensanteil bleibt im Eigentum des Gebers, was von besonderer Bedeutung für die Steuerergänzungen des Körperschaftssteuer- und Kapitalertragsteuer-Gesetzes ist.

**Rückvergütung des Exporteurs.** Eine Rückvergütung kann der Exporteur, wie der Reichsfinanzhof entschieden hat, auch für die Waren verlangen, die er nach dem Inkrafttreten des Umsatzsteuergesetzes von 1918 gezogen hat, selbst aber schon vorher während der Zeit der Wirksamkeit des Warenumsatzsteuergesetzes nach dem Gesetz vom 26. Juni 1916 versteuern mußte, weil der Grundgedanke des Steuererlasses ist, niemals den Zwischenhändler schlechter als den Ausführenden zu stellen.

**Reichsbundestagung für christliche Erziehung.** Der seit 1876 bestehende „Deutsche Bund für christlich-erangelische Erziehung in Haus und Schule“ wird vom 20.-24. April in Dessau für seine Vertreter und Mitglieder eine Reichsbundestagung halten. Unter den mitwirkenden pädagogischen Sachverständigen sind u. a. Univ.-Prof. Pfennigsdorff-Vorn, Frau Oberin v. Tilling, R. Br. V., Lehrer Mohr-Glückstadt. Mit der Tagung verbunden sind Vorträge für die heranwachsende Jugend.

**Keine Verbilligung der Zigaretten.** Der Verein der Zigarettenfabrikanten teilt mit, daß die kürzlich gemeldete Ermäßigung der Zigarettensteuer keine Verbilligung der Fabrikate bringen kann, weil es nur eine Erhöhung der Steuererlöse ist, die durch die Erhöhung des Goldhollanzwertes und die Verteuerung der Herstellungskosten längt bedingt wurde.

**Eine historische deutsche Bildungstätte bedroht.** Die für das ganze evangelische Deutschland geschichtlich und praktisch bedeutsamen Stiftungen August Hermann Franke's in Halle a. S. schließen das laufende Jahr mit einem Abmangel von 5 Millionen M. ab. Sie umfassen einen Schulsaal von 2500 Schülern mit Wallenhaus, Mittelschule, Lyzeum, Oberrealschule, Gymnasium und seit 1920 einem „Deutschen Heim“ für Schüler und Studenten der abgetrennten Gebiete. Die Stadt Halle, die selbst finanziell schwach ist, strebt das Ausgehen dieser seit 200 Jahren bestehenden segensreichen christlichen Stiftungen in städtischer Verwaltung an.

**Stuttgart, 1. März.** (Stegerwald-Vorträge.) Ministerpräsident a. D. Stegerwald sprach am Sonntag, 12. März, nach 1/3 Uhr, im Stadtgartenaal hier auf Veranlassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Gruppe Stuttgart. Am vergangenen Sonntag sprach Stegerwald in Mannheim vor über 4000 Zuhörern über die staatlichen und wirtschaftlichen Lebensfragen der Gegenwart. Er wandte sich gegen einen überspannten Internationalismus. Die breiten Volksmassen müßten ein beachtendes Verhältnis zum Staat finden. Ohne ein nationales und soziales Empfinden sei keine Gesundung des Staates denkbar. Der Redner erntete stürmischen Beifall.

Der Verband württ. Industrieller hält am 14. März in Stuttgart seine Mitgliederversammlung, in der auch der Ausschuß neu gewählt werden wird, ab.

**Gewitter.** Am 7.15 Uhr abends kam ein Gewitter mit heftigem Hagel und Donnererschlägen und anhaltendem Regen zum Ausbruch.

**Stlingen, 1. März.** (Selbstmord.) Der 53 Jahre alte ledige Kaiser Karl Schmid hat sich abends auf die Eisenbahnschienen gelegt. Der Kopf wurde vollständig vom Rumpfe getrennt. Der Lokomotivführer konnte den Zug nicht mehr zum Stehen bringen.

**Heilbronn, 1. März.** (Zubilaum.) — Unglücksfall.) Nachschreiber Ruding blickt am 1. März auf eine 25jährige Amtstätigkeit zurück, aus welchem Anlaß ihm von Seiten des Stadtvorstands in einer Gemeinderats-sitzung Worte der Anerkennung gezollt wurden. — Arbeiter der Sieblungsgeossenschaft fanden einen jungen Mann auf dem Boden liegend vor. Es stellte sich heraus, daß es sich um einen erholungsbedürftigen Mann, der im Erholungsheim untergebracht war und einen Spaziergang unternommen hatte, handelte. Der Unglückliche schlug beim Fall mit dem Kopf an der Mauer auf.

**Heidenheim, 1. März.** Eine neue Art der Personenbeförderung von hier nach Großfuchen haben 40 Arbeiter gefunden. Sie haben gemeinsam ein Lastauto gekauft, das sie täglich von Großfuchen hierher führen soll.

**Heidenheim, 1. März.** (Ausschub.) Schul-schlichtige Knaben haben in letzter Zeit an Wohnhäusern die Druckknopftaste der Hansgloden abgeschraubt und entwendet, aus Gärten Reisingbahnen gestohlen, Straßenlaternen und städtische Anlagen beschädigt und sonstigen Unfug verübt.

**Ulm, 1. März.** (Feueralarm-Anlage.) Der Gemeinderat beschloß die Errichtung einer Feueralarmanlage mit einem Kostenaufwand von 117 000 M. Die Amtskörperschaft trägt 25 Prozent der Kosten.

**Stellingen, 1. März.** (Heberjahren.) Auf der Eisenbahnlinie oberhalb der Brücke von Amstetten wurde ein Mann, der sich vom Zug überfahren ließ, aufgefunden. Seine Persönlichkeit konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

**Ulm, 1. März.** (Kunstaussstellung.) Die Wanderausstellung vollständiger schwäbischer Graphik des Vereins zur Förderung der Volksbildung wurde am 27. Februar geschlossen. Sie hatte außerordentlich großen Erfolg. Die Zahl der Besucher betrug viele Tausend.

## Handel und Verkehr.

**\* Pfalzgrafenweiler, 2. März.** (Dolje 184) Bei dem vorgestern stattgefundenen Ankaufverkauf von rund 2000 Fmetern wurde für Fichten und Tannen ein Erlös von 593 Proz., für Föhren ein Erlös von 528 Proz. erzielt.

**Reimpfener Butter- und Käsebörsen, 1. März.** Der in vergangener Woche von den Mitgliedern für Ware, die nach Orten außerhalb des Produktionsgebietes mit der Bahn verschickt wurde, erzielte Durchschnittspreis für ein Pfund ohne Verpackung ab Verkaufsstation war einschl. der Verläufe nach heutigem Börsendurchschnitt für Butter 35.71 (34.72) M., Gesamtumsatz 67 210 Pf.; für Weichkäse mit 20 Proz. Fettgehalt 14.24 (13.54) M., Gesamtumsatz 464 226 Pf.; für Allgäuer Rundkäse 19.89 (19.60) M., Gesamtumsatz 163 155 Pf. Marktfrage: Nachfrage für Butter und Allgäuer Rundkäse nach wie vor sehr gut, für Weichkäse gut.

**Stuttgart, 1. März.** An der heutigen Industrie- und Handelsbörse am Mittwoch stiegen die Preise weiter. Es notierten engl. Trossel-, Worp- und Vincops Nr. 20 160-165 (am 15. Febr. 135-140) M., Nr. 30 185-190 (167-172) M., Nr. 36 190-195 (170-175) M., Nr. 42 193-198 (172-177) M., Nr. 44 195-200 (174-179) M. je das Rito. Von Baumwollgeweben kostete Cretonnes 27.50-28 (23-23.95) M., Renforces 25-26 (22-22.50) M., glatte Catinne oder Croises 23-24 (20-20.50) M., je das Meter. — Nächste Börse: 15. März.

**Stuttgart, 28. Febr.** Dem Schlachtviehmarkt am Dienstag auf dem hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 38 Ochsen, 14 Bullen, 115 Jungbullen, 114 Jungrinder, 207 Kälber, 223 Küber, 495 Schweine, 35 Schafe und 2 Ziegen, die sämtlich verkauft wurden. Erlöse wurden aus 1 Pr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 1350-1450, zweite 930 bis 1180, Bullen erste 1240-1340, zweite 980-1100, Jungrinder erste 1340-1460, zweite 1100-1200, dritte 970-1080, Kälber erste 980-1090, zweite 750-900, dritte 520-670, Küber erste 1680-1740, zweite 1530 bis 1630, dritte 1350-1450, Schweine erste 1880 bis 1980, zweite 1750-1850, dritte 1550-1680 M. Verkauf des Marktes: Bei Großvieh langsam, bei Kübern und Schweinen mäßig belebt.

**Heilbronn, 28. Febr.** Der hiesige Pferdemarkt war wesentlich schwächer besahren als im Vorjahr. Es fanden gegen 400 Tiere zum Verkauf, meist schweren und mittelschweren Schlags. Der Handel ging schleppend infolge der hohen Preise. Im Einzelnen wurden bis zu 75 000 M. für ein Pferd bezahlt.

**Gerabronn, 1. März.** Milchschweine waren zugeführt 125 Stück, verkauft wurden 125 Stück zum Paarpreis von 1050-1400 M., Käufer waren zugeführt 4 Stück, verkauft 4 St. zum Stückpreis von 900 M. Der Handel war lebhaft.

## Bermischtes.

**Ademische Goethefeier in Frankfurt.** In der Aula der Universität fand am Dienstag eine akademische Goethefeier statt, der Reichspräsident Ebert, Minister Dr. Goebbels und Dr. Köster, sowie der hiesige Staatsminister Ulrich, Gerhard Hauptmann und manche Träger berühmter Namen bewohnten. Prorektor Professor Schönlich begrüßte die Anwesenden und hob hervor, daß zum erstenmal eine deutsche Universität die Ehre habe, dem Herrn Reichspräsidenten zu bewillkommen. Die Frankfurter Universität wisse diese Ehre doppelt zu würdigen, sei es doch ihr Beruf, als geistiges Kulturbolwerk im Westen des Reichs die geistigen Güter der Nation zu hüten. Die Aussprache klang in einer dem unsterblichen Genius Goethe dargebrachten Huldigung aus. Dann sprach Minister Dr. Goebbels dem Prorektor den Dank auch des Reichspräsidenten aus und verband damit die Hoffnung, daß die Vertreter der Studentenschaft denselben das Volk einer besseren Zukunft entgegenführen möchten. Der Germanist der Universität, Professor Schulz, erklärte namens der studentischen Jugend, daß sie mit Dank die höchste Spitze des Reichs bei sich sehe. Es gelte heute das von Goethe verkündete und geliebte Evangelium werktätiger Arbeit nachzuleben, das sich bei dem Dichter selber mit dem holdsten Künstlerum paarte. Jubelnd begrüßt, ergriff dann Thomas Mann das Wort zu einem Festvortrag über Tolstoi und Goethe. Er setzte den großen Deutschen und den großen Russen zu einander in Beziehung und wie die Beziehungen, vor allem aber das Verwandtschaftliche ihres Wesens auf. Goethe und Tolstoi, beide haben in verschiedenen Jahrhunderten gelebt und jeder von ihnen trägt Wesenszüge des 19. Jahrhunderts an sich, dem er selber nicht angehört. Wenn man beide auch nicht Zeitgenossen nennen kann, so hindere dies nicht, daß mindestens ein Bildungsfaktor und zwar ein modern kultureller, das wenigstens ein Moment ihres seelischen geistigen Ausbaus ihnen beiden gemeinsam sei, das sei das Element Rousseau. Tolstoi sei Rousseau auf eine intimere, persönlichere und bedenklidere Weise als Goethe, der als Mensch mit der nicht immer gewinnenden Problematik des Jean Jacques Rousseau so gar nichts zu schaffen hatte. Das pädagogische und das autobiographische Element aber taten sich aufs stärkste hervor bei Goethe, wie bei Tolstoi. Es sei aus beiden Werken und Leben überhaupt nicht wegzudenken. Tolstoi und Goethe seien beide Gesegnete der Natur, Borzugskinder der schaffenden Macht gewesen. Hierin beruhe ihre Verwandtschaft, ihr gemeinsamer Adel, der sich von dem Adel der Geistesöhne der Kinder der Erde, von dem Adel ihrer großen Gegenspieler Schiller und Tolstojewski auf klassische und ewig gültige Weise unterscheidet. In dieser ihrer gemeinsamen Art liege vielleicht die Wurzel des bei beiden so stark entwickelten autobiographischen Triebes. Die Feier war umrahmt durch Gesangsvorträge des akademischen Chors.

**Erstigung zur die Nürnberger Kriegsgeheimnisse.** Aus München wird gemeldet: Der frühere Kronprinz Rupprecht hat zum Andenken an König Ludwig III. und die Bayern, die im Weltkrieg ihr Leben für König und Vaterland geopfert haben, 30 000 M. für die in Nürnberg zu erbauende Kriegsgeheimnisse gestiftet und das ihm vom Erzbischof von Bamberg angebotene Ehrenprotectorat über diese Kirche übernommen.

## Lehle Nachrichten.

**Englands Schuld an England.** M. B. London, 1. März. Die russische Schuld an England einschließlich Zinsen seit 31. Dezember 1918 beträgt 561.500.000 Pfund Sterling.

**Verbilligung und Vereinfachung bei der Post.**

**M. B. Berlin, 2. März.** Das Reichspostministerium hat am Dienstag eine Denkschrift über die Vereinfachung und Verbilligung von Verwaltung und Betrieb der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung zugehen lassen. Wie es in der Denkschrift heißt, werden die bisher eingeleiteten und noch beabsichtigten Änderungen in Verbindung mit den Vereinfachungen des Geschäftsbetriebs im Ministerium selbst eine Verbilligung des Personalbestands in absehbarer Zeit zur Folge haben. Ebenso wird im Laufe späterer Jahre eine Verbilligung der Oberpostdirektionen von 45 auf 35 möglich sein. Ferner befaßt die Frage, ob die Bahnpostämter in der vollen Zahl noch nötig sind, einer Prüfung, die bereits eingeleitet ist. Die Beibehaltung der Telegraphen-Bauämter ist nach dem Umfang ihrer technischen Aufgaben als ein Bedürfnis zu erachten. Eine noch weitergehende allgemeine Entlastung der Schalterbediensteten, der Briefkastenreinerungen und Bestellungen hält die Postverwaltung nicht für angebracht, wenn darunter nicht die Allgemeinheit leiden soll. Die Verbilligung bedarf noch einer ins Einzelne gehenden grundsätzlichen Regelung, bei der die volle Finanzierung der Arbeitskraft ohne Durchbrechung der Grundlinien des Wirtschaftens unter Vermeidung jeder Ueberspannung der Beamten sichergestellt werden muß. — Die Denkschrift schließt zusammenfassend, daß die bereits vollzogenen Vereinfachungen und Verbilligungen bei der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung eine Ausgaberverminderung um einige Millionen Mark zur Folge gehabt haben. Die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung ist entschlossen, alle Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung mit allem Nachdruck zur Durchführung zu bringen. Ein aus Mitgliedern des Reichsrates, des Reichstags und aus Vertretern des Verkehrsberats, des Beamtenrats und des General-Belehrtenrat mit Hinzuziehung von Beamten des Ministeriums bestehender Beirat soll die Einrichtungen der Post- und Telegraphenverwaltung, bevor sie ihren Betrieb, eingehend an Ort und Stelle zum Zweck der Vereinfachung prüfen.

**Verurteilung wegen Unterschlagung.**

**M. B. Berlin, 2. März.** Witterungsbedingungen aus Halle zufolge wurde in Rudolstadt der Vorstehende der U. S. P., August Gellno, wegen Betrugs und Unterschlagung zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Dammbruch bei Breslau.**

**M. B. Breslau, 1. März.** Der „Breslauer Zeitung“ zufolge wurde in der vergangenen Nacht in Zieschen in der Nähe von Breslau der Dierdamm in einer Breite von 6 Metern durch Eisbrocken gebrochen. Die Eisbrockenspitze erweiterte sich später bis auf 20 Meter. Die Ziescher Tieschen, Kotwitz und Neubaus sind von der Außenwelt völlig abgeschnitten. Ein großer Teil der Räume wurde weggeschwemmt. Die Bewohner haufen auf den Dächern oder sind zum Teil nach dem Landemwärts gelegenen Dorfe Kotwitz übergesiedelt. Zahlreiches Vieh ist in den Futten ungelkommen. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Schaden ist erheblich, zumal die Häuser gänzlich verschlammt sind. Der Wasserstand der Ober ist der höchste seit 1903.

**Die Not im Zeitungsgewerbe.**

**M. B. Berlin, 2. März.** Wie die Blätter melden, hat die Not im Zeitungsgewerbe die im 86. Jahrgang stehende „Queblitzer Zeitung“ gezwungen, ihr Erscheinen einzustellen.

**Beendeter Streik.**

**M. B. Heilbr., 2. März.** Eine Konferenz der Vertrauensmänner der Ver. Leute des Mansfeldschen Erzbergbaus, in der über die mit einem Vertreter des Reichsbergsamtsministeriums getroffenen Vereinbarungen Bericht erstattet wurde, hat gestern mit 123 gegen 18 Stimmen beschlossen, die Arbeit heute Mittag wieder aufzunehmen.

**Streik der Nachtwächter.**

**M. B. Berlin, 2. März.** Nach einer Meldung der Tälischen Rundschau aus Breslau, traten dort gestern Abend die Wächter der Wach- und Schlafgesellschaft in den Streik. Die Einbrecher machten sich diesen Streik sofort zunutze und verübten in der letzten Nacht zahlreiche Einbrüche. In den meisten Fällen wurden die Fensterschlösser der Geschäfte beraubt, nachdem die Diebe die Gitter zerschlagen und die Scherben eingebrochen hatten. Aus einem Konfektionshaus wurden Kleidungsstücke im Wert von 35 000 M., aus einem Juwelierladen Schmuckstücke im Werte von 30 000 M. und in vielen anderen Geschäften die ausgestellten Waren von beträchtlichem Wert geraubt.

Druck und Verlag der B. Ricker'schen Buchdruckerei Allenbach.  
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Zant.

## Auch jetzt noch

werden Bestellungen auf unsere Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ für den Monat März entgegengenommen.



### Ämflche Bekanntmachungen.

Infolge Ausbruch der Maul- und Rauscheuche in Wildberg wird hiermit bis auf weiteres zum Sperrbezirk erklärt. Sämtliche G. h. in Wildberg bleiben daher vorläufig gesperrt.

Ragold, den 1. März 1922. Oberamt: Münz.

In dem G. h. der Gutsfamilie Niehammer, Landwirts in Göttingen D. N. Ragold, ist die Maul- und Rauscheuche ausgebrochen.

Sperrbezirk: Die Gemeinde Göttingen mit Ragold. Beobachtungsgebiet: Vom Bezirk Ragold Sulz; vom Bezirk Calw: D. de. pfennig und Holzborn.

In den 15 km Umkreis werden einbezogen:

1. die übrigen Gemeinden des Oberamtsbezirks mit Ausnahme von Grotzweiler, Eitmannsweiler, Beuren, Simmersfeld, Hainbrunn, Enzlin, Ober- und Untertalheim, Galtersbach, Bödingen und Schietingen.
2. im Bezirk Calw: sämtliche Gemeinden mit Ausnahme von Rischalden, Bergorte, Dennjacht und Unterreichenbach.
3. . . . Leonberg: Weiklingen, Mühlhingen, Weilerstadt.
4. . . . Böblingen: Albingen, Daseckheim, Damsheim, Döhlingen, Deufingen, Döfingen, Ehningen, Schallhausen.
5. . . . Herrenberg: sämtliche Gemeinden mit Ausnahme von Brittenholz, Entlingen, Oberholz, Pfädingen, Poltringen, Reusten, Unterjlingen.

In übrigen gelten die gleichen Bestimmungen wie bei dem Seuchefall in Spielberg.

Ragold, den 1. März 1922. Oberamt: Münz.

### Staatsrentamt Hirsau.

### Bekanntmachung

betr. Aufnahme der Dienstgeschäfte.

Das neu errichtete Staatsrentamt Hirsau hat den Dienstbetrieb am 1. März 1922 aufgenommen. Die Amtsräume befinden sich im sog. kleinen Feuchtkasten (rechts hinter dem Finanzamt).

Zur Geschäftsaufgabe des neuen Amtes gehören insbesondere folgende, bisher von den Finanzämtern besorgten Geschäfte:

1. Die Verwaltung des staatlichen Grundbesitzes an Gebäuden, Hausgärten, Domänen, Bauplätzen in den Oberamtsbezirken Calw, Ragold und Reusbürg.
  2. Die Kassen- und Rechnungsführung für die Bauverwaltung (Bezirksbauamt Calw) u. die Forstverwaltung (Forstbezirke Altensteig, Sulzbach, Enzlin, Herrenalsh, Hirsau, Postett, Langenband, Lindenell, Weiskern, Ragold, Reusbürg, Stammheim, Teinach, Wildbad, Wildberg).
  3. Die Zahlung der Lehrgelder.
  4. Vorerst noch die Verwaltung der G. h. der Geistlichen.
- Das Staatsrentamt ist unter Nr. 30006 an den Postfach des Lehr 508 an das Girokonto der D. L. Sparkasse Calw, sowie an den Giroverkehr der Württ. Notenbank (Agentur Calw) angeschlossen.

Wegen Uebergabe der Geschäfte von den Finanzämtern an das Staatsrentamt können von letzterem in der Zeit vom 1.—8. März d. J. Zahlungen weder geleistet noch angenommen werden.

Hirsau, den 1. März 1922.

Staatsrentamt: Rechnungsrat Widmaier.

### Das neue

### Favorit-Moden-Album

für Frühjahr und Sommer

— Preis M. 8.50 —

ist erschienen und zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung

Altensteig.

Altensteig.

# Etuais

für

Zigarren, Zigaretten, Löffel, Bestecke etc.,

Etuais mit

Näh- Hähel- Schreilb- Garnituren

Kragen-Kasten

Cravatten- "

Handtuch- "

Taschentuch "

Zigarren- "

und Tabak- "

Arbeits- "

in schöner Ausführung u.

großer Auswahl

billig bei

Fr. Bühler jr.

Ragold.

Suche per sofort oder 15.

März jüngeren, zuverlässigen

# Knecht

welcher in der Landwirtschaft bewandert ist.

D. Wals s. „Anker“.

Altensteig.

Suche auf 1. April

# Mädchen

für Küche und Haushalt.

Frau Apoth. Schler.

Altensteig.

Bestellungen auf

# Saatkartoffeln „Deodara“

anerkannte Saatkartoffel, nimmt entzogen

Hans Schmidt

Telefon Nr. 87.

Bestellungen umgehend erbeten.

# Schreiner- Gesuch.

Ein tüchtiger, fleißiger Schreiner kann sofort ein- treten bei

Jakob Brenner

Bau- und Möbelschreiner

Bad Teinach.

Jüngeres, fleißiges

# Mädchen

per sofort oder 15. März event. 1. April gesucht.

Schwarzwald- Drogerie Altensteig.

Suche zum sofortigen Ein- tritt tüchtiges, ehrliches und fleißiges

# Mädchen

nicht unter 20 Jahren bei hohem Lohn und guter Be- handlung.

Karl Krauß

Metzgermeister, Wildbad.

Bezirk der Klein- und Obstbrenner des Bezirks Ragold.

# Generalversammlung

am Sonntag, den 5. März, morgens 10 Uhr in der „Sonne“ in Eshausen.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht.
3. Neuwahlen.
4. Entscheidung des Beitrags.
5. Verschiedenes.

Um vollständiges Erscheinen bittet

der Vorstand.

# Bezirkswirtschaftsverein Ragold.

Am Sonntag, den 5. März, d. J., findet in „Waldborn“ in Eshausen, namts 8 Uhr die ordentliche

# Generalversammlung

statt.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht. — 2. Kassenbericht. — 3. Wahlen. — 4. Aussprache über Ausschusspreise, Fremdenverkehr, Kostisch.

Zusammenkunft sämtlicher selbständiger

# Sattler und Tapeziere

des Bezirks in Ragold am 5. März, mittags 1 Uhr bei Wirt Stahl zu d. wichtiger Besprechung.

Schwarzwald-Drogerie Altensteig

empfiehlt

# 1a Wasserglas

zum Eiereinlegen.

**Gefangbücher für Konfirmanden**

in solider Anfertigung empfiehlt preiswert die

**W. Rieker'sche Buchhandlung**

Altensteig.

Ein stärkeres

**Läufer- Schwein**

verkauft

H. Forstner, Gerud

---

**Ettmannsweiler.**

2 schöne

**Läufer- Schweine**

hat zu verkaufen

**Johannes Serger.**

---

Einen Wagen

**Dung**

hat zu verkaufen, wer? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

---

**Westerbene.**

Unterjettlingen: Johann Jakob Sayer 59 1/2 Jahre alt.

Volersbrunn: Max Blesing Veteran von 1870/71, 73 Jahre alt.



**Damen- und Mädchen- Bekleidung.**

Mäntel, Kostüme, Taillekleider, Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.

**C. Berner, Forzheim,** Ecke Metzger- u. Blumenstr.